

**Fraktionen von CDU, SPD und FWG
in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Naumburg**

Naumburg, 04.03.2026

Stadtverordnetenvorsteherin der Stadt Naumburg

Frau Julia Hensel

Rathaus

34311 Naumburg

Stadtverordnetensitzung am 05. März 2026

Gemeinsame Erklärung zu Tagesordnungspunkt 2 (Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026)

Sehr geehrte Frau Hensel,

wir bitten Sie, nach Eröffnung des o.a. Tagesordnungspunktes folgende gemeinsame Erklärung der Fraktionen von CDU, SPD und FWG zu verlesen:

Der vorliegende Haushaltsentwurf 2026 der Stadt Naumburg sieht eine eklatante Erhöhung der Grundsteuerhebesätze A und B von 580 % auf 900 % vor. Das bedeutet für einen Großteil der Bürgerinnen und Bürger eine enorme Steigerung der von ihnen zu zahlenden Grundsteuerbeträge im Vergleich zum Vorjahr.

Unter normalen Umständen wäre diese von Bürgermeister und Magistrat vorgeschlagene Erhöhung nicht zustimmungsfähig.

Aber die Rahmenbedingungen sind seit geraumer Zeit nicht mehr so, wie wir sie früher kannten und unter denen wir in Naumburg immer sparsam gewirtschaftet und gemeinwohlorientiert gehandelt haben.

Eine seit längerem nicht mehr aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen hat uns in diese Situation gebracht. Die strukturelle Unterfinanzierung der Städte, Gemeinden und Landkreise ist dem Bund und

dem Land Hessen bekannt. Grundlegende Bemühungen, hieran etwas entscheidendes zu ändern, sind leider nicht erkennbar. Zusätzliche Belastungen durch den Landkreis Kassel tun ihr Übriges.

Drei Viertel der Etats Hessischer Kommunen sind defizitär. Der Präsident des Hessischen Städtetages hat kürzlich öffentlich erklärt, dass ehrenamtliche Kommunalpolitiker vor Ort für eine Mangelverwaltung den „Kopf hinhalten“ müssten, die „Profis“ im Bund zu verantworten hätten.

Als Kommunalpolitiker/innen vor Ort standen und stehen wir daher vor der Frage, ob wir uns diesem äußeren Druck beugen und als ehrenamtlich Tätige den „Zorn der Bevölkerung“ auf uns ziehen, oder ob wir einen defizitären Haushalt verabschieden, der gegebenenfalls von der Aufsichtsbehörde nicht genehmigt wird und uns handlungsunfähig macht.

In gemeinsamer Verantwortung für unsere Stadt haben wir uns dafür entschieden, die kommunale Selbstverwaltung noch nicht aufzugeben und die Gestaltung unserer örtlichen Lebensverhältnisse weiterhin selbst in der Hand zu behalten. Dabei hoffen wir auf die Solidarität der Bevölkerung!

Denn wir sind noch nicht bereit, auf wichtige Teile unserer städtischen Infrastruktur wie beispielsweise die Gemeinschaftshäuser oder Freibäder zu verzichten. Auch die im Rahmen unseres Kommunalen Entwicklungskonzepts vorgesehenen Maßnahme wollen wir mit Hilfe des Dorferneuerungsprogramms fortführen.

Nach einer intensiven Prüfung des von Bürgermeister Lesch eingebrachten Haushaltsentwurfs würden marginale Eingriffe in ein oder zwei Haushaltspositionen vielleicht dazu führen, wenige Punkte unter dem Hebesatz von 900 Prozent zu bleiben. Spätestens im nächsten Jahr würde uns diese Finanzierungslücke jedoch wieder einholen.

In diesem Sinne wollen wir heute dazu beitragen, dass der neu gewählte Bürgermeister gemeinsam mit dem Magistrat auf der Basis eines genehmigungsfähigen Haushaltes handlungsfähig bleibt, im Interesse der Stadt und der hier lebenden Menschen.



Martin Roth

CDU-Fraktionsvorsitzender



Bernd Ritter

SPD-Fraktionsvorsitzender



Regina Raude

FWG-Fraktionsvorsitzende